

Antrag

der Fraktion der SPD

Einsetzung einer Enquête-Kommission "Zukunft der Erwerbsarbeit"

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag setzt eine aus 13 Mitgliedern bestehende Enquête-Kommission nach § 33 der Geschäftsordnung des Landtags ein, in der die Fraktionen wie folgt vertreten sind:

SPD-Fraktion	6 Mitglieder,
CDU-Fraktion	5 Mitglieder,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2 Mitglieder.

Die Enquête-Kommission erhält vor folgendem Hintergrund den Auftrag, zur Vorbereitung von Entscheidungen des Landtags einen Bericht zur Zukunft der Erwerbsarbeit vorzulegen. Sie widmet sich der Aufgabe, Vorschläge zur Bekämpfung der *Erwerbslosigkeit* zu entwickeln.

- II. Die Enquête-Kommission soll bei der Erfüllung ihres Hauptauftrages u.a. folgende Gesichtspunkte beachten:
1. Das Verhältnis von Arbeit und Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft ist zu bewerten, der "Arbeitsbegriff" zu definieren und das Potential der Erwerbsarbeit in Nordrhein-Westfalen abzuschätzen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wir einen grundlegenden Strukturwandel der Erwerbsarbeit *erleben. In dessen Analyse sind die Auswirkungen der sich verändernden Strukturen von Erwerbsarbeit auch auf die Familienarbeit einzubeziehen.*

Datum des Originals: 07.07.1995/Ausgegeben: 07.07.1995

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

2. Es ist aufzuarbeiten, wie **zukunftsgerichte Rahmenbedingungen im Bereich der Wirtschaftspolitik geschaffen, eine** zukunftsgerichte, aktive Arbeitsmarktpolitik und ein damit zusammenhängendes zukunftsgerichtetes, soziales Sicherungssystem (**unter Berücksichtigung von unbezahlter Erziehungs- und Pflegetätigkeit**) auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen entwickelt und realisiert werden können. Dabei muß insbesondere das Beschäftigungspotential sog. Übergangsarbeitsmärkte (zwischen verkürzter und vollzeitiger Beschäftigung, zwischen Lernen und Produzieren am Arbeitsplatz, zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem, zwischen privater Tätigkeit und Erwerbstätigkeit sowie zwischen Erwerbsarbeit und Rente) in Nordrhein-Westfalen abgeschätzt werden. Die Möglichkeiten einer Steuerreform, um die Erwerbsarbeit zu fördern, sind in die Instrumentensichtung und -bewertung einzubeziehen.
3. Die Kommission soll beschäftigungswirksame Modelle in anderen Industrieländern analysieren und ihre Übertragbarkeit auf Nordrhein-Westfalen prüfen, bestehenden Strategieansätzen auf nationaler Ebene (**incl. gesetzgeberischer und rechtlicher Maßnahmen**) nachgehen und konkrete Vorschläge entwickeln. Sie soll vor diesem Hintergrund Möglichkeiten aufzeigen, wie die struktur-, wirtschafts-, **umwelt-**, arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen Entwicklungspfade der Zukunft für mehr **bezahlte und sozial abgesicherte Erwerbsarbeit** in Nordrhein-Westfalen gestaltet werden müssen und wie der Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben begegnet werden kann. Die Entwicklung der Qualifikation der Erwerbstätigen ist zu bewerten, die Entwicklungsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems zu untersuchen und in das Verhältnis zur Fortentwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu setzen. **Ziel der Kommissionsarbeit muß es auch sein, darzulegen, wie Beschäftigte mit geringen Qualifikationen und benachteiligte Gruppen des Arbeitsmarktes existenzsichernd am Arbeitsmarkt teilhaben und qualifiziert werden können. Dies gilt insbesondere für Jugendliche beim Eintritt in das Berufsleben (2. Schwelle).**
4. Es ist darzulegen, welche Beschäftigungspotentiale über eine veränderte Arbeitszeitpolitik und Arbeitszeitmodelle mobilisiert werden können unter besonderer Berücksichtigung der Frage, wie eine bessere partnerschaftliche Organisation von Familien- und Erwerbsarbeit ermöglicht werden kann. Dabei ist die Frage der Weiterentwicklung der Entlohnungssysteme in der Verantwortung der Tarifvertragsparteien von großer Wichtigkeit.
5. Die Kommission soll die wichtigsten nordrhein-westfälischen Branchen, den Stand der Entwicklung von Schlüsseltechnologien und den Stand der Einführung von neuen Arbeitsorganisationskonzepten in Wirtschaft und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen bewerten. **Sie soll dabei prüfen, inwieweit Technikfolgenabschätzung berücksichtigt wird, sowie Konzepte einer humanisierungsorientierten Technikgestaltung und einer Verwaltungsmodernisierung umgesetzt werden.**

Sie soll klären, wo zusätzliche neue Beschäftigungsfelder liegen, z.B. Dienstleistungen, soziale Dienste etc. und welche Konsequenzen sich hieraus für den Qualifikationsbedarf und die Strategien einer integrierten Qualifizierungspolitik ergeben.

6. ***Die Kommission soll die Chancen und Risiken untersuchen und abwägen, die sich durch den Einsatz neuer Informations- und Datentechniken für die Arbeitswelt ergeben.***

- III. Der Enquête-Kommission wird für die Dauer ihrer Tätigkeit sowie für ihre Vor- und Nacharbeiten bis zur Entscheidung des Parlaments jeweils zwei Mitarbeiterinnen bzw. zwei Mitarbeiter des höheren bzw. des gehobenen Dienstes und zwei Schreibkräfte zur Verfügung gestellt. Den Fraktionen werden die Kosten für eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter des höheren Dienstes und eine halbe Schreibkraft erstattet. Die Enquête-Kommission kann ***Expertinnen und Experten*** anhören, Forschungsaufträge erteilen und Studien- oder Projektforschungen durchführen. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen sind im Haushaltsgesetz zu schaffen. Die Besetzung der Enquête-Kommission mit 13 Mitgliedern ist wegen des zu erwartenden hohen Arbeitsaufwands und der Notwendigkeit, neben Parlamentariern als Experten in ausreichender Zahl auch Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in die Arbeit der Kommission einzubinden, erforderlich.

- IV. Begründung:

In fast allen Industrienationen ist Vollbeschäftigung ein erklärtes politisches Ziel. Nirgendwo ist dieses Ziel erreicht und erst recht nicht dauerhaft gesichert.

Die aktuellen sozialen Kämpfe in unserem Nachbarland Frankreich fanden unter dem Slogan "Keine Arbeit, keine Zukunft" statt. Schwedische Gewerkschafter haben ihn umgewandelt in "Ohne Arbeit keine Zukunft". Mit der Freiheit europäischer Arbeitnehmer, in jedem Land der Europäischen Union ein Beschäftigungsverhältnis einzugehen, kommt es zu einem rücksichtslosen Wettbewerb zwischen Einheimischen und Arbeitnehmern aus anderen Mitgliedsländern. Derzeit ist die Situation im Baugewerbe in die Schlagzeilen gekommen.

Die Belastung der sozialen Systeme, der gesellschaftlichen Ordnung im Hinblick auf die innere Sicherheit und das Zusammenleben der Menschen sowie die unzähligen individuellen biographischen Katastrophen bei hoher Arbeitslosigkeit sind erkennbar und politisch nicht hinnehmbar. Viele Modelle zur Vermeidung bzw. Verringerung der Arbeitslosigkeit sind gescheitert. Die praktizierte Politik, bei hoher Staatsquote Beschäftigung im öffentlichen Bereich zu sichern, ist an ihre Grenzen gestoßen. Es gibt keinen Königsweg.

Die oft als vorbildlich betrachteten sozialen Sicherungssysteme in Deutschland haben in ihrer gegenwärtigen Form Akzeptanz- und Finanzprobleme. Es gibt jedoch eine Vielzahl von entwickelten Instrumenten staatlichen Handelns zur Sicherung und Schaffung von Erwerbsarbeitsplätzen. Sie wurden in der Mehrzahl unzureichend oder garnicht zur Behebung des drängenden Problems der Massenarbeitslosigkeit angewandt.

Staatliches Handeln ist zwar keineswegs wirkungslos, aber es stößt angesichts der Größe und Internationalität des Problems an Grenzen. Wichtige, von der Politik postulierte Ziele sind durch verfügbare Instrumente und Eingriffsmöglichkeiten gegenwärtig nicht gedeckt. Das Leitparadigma der 90er Jahre definiert sich in der Bundesrepublik wie auch in Großbritannien und Frankreich und anderen europäischen Ländern vor allem ökonomisch und nicht mehr gesellschaftspolitisch. Die Tarifpolitik, die Sozialpolitik, die Bildungspolitik und auch die Gesellschaftspolitik sind auf den zweiten Platz verwiesen und haben allenfalls eine Defensivfunktion. Sie nehmen die Rolle von nachsorgenden Nothelfern ein, ohne daß sie Gestaltungsprinzipien für die neue Gesellschaftsordnung entwickeln.

Die deutsche Volkswirtschaft ist dabei, ihren in den letzten Jahren im Verhältnis zu anderen Industrienationen entstandenen Produktivitätsrückstand aufzuholen. Die Tatsache, daß ein solcher Produktivitätsrückstand entstanden ist, hat im internationalen Preiswettbewerb erhebliche Arbeitsplätze in Deutschland gekostet. Der Anschluß zur internationalen Konkurrenz durch Rationalisierungsfortschritte, die in vielen Branchen bereits erkennbar sind, wird weiteren Arbeitsplatzverlust zur Folge haben.

Die deutsche Wirtschaft ist in vielen Spitzentechnologien nicht mehr ausreichend präsent. Die Grundannahme einer internationalen Arbeitsteilung, die einer fortschrittlichen Volkswirtschaft dauerhaft ihren Platz sichert, war falsch. Im Grundsatz kann man heute überall auf der Welt fast alles produzieren. Die traditionellen "low-tech"-Bereiche stehen in einem ruinösen Preiswettbewerb. Die Märkte für sogenannte "high-tech"-Bereiche sind begehrt, vermeintliche oder tatsächliche Wachstumsbranchen werden von vielen erkannt und besetzt. Schnell kommt es zu einer Überproduktion, einem Überangebot und dann einem Preisverfall, der wiederum durchgreifende Rationalisierungen zur Folge hat.

Der Verlust an Kaufkraft in der Bevölkerung und die Schwächung des heimischen Marktes ist für Industrienationen ein Kernproblem. Ohne soliden heimischen Markt für die entwickelten Produkte ist eine übergroße "Exportorientierung" ein zusätzlicher Risikofaktor. Der Weg, Arbeitskraft immer mehr zu verbilligen, indem die Löhne sinken, gefährdet nicht nur heimische Märkte. In den USA ist schon massenhaft das Phänomen "vollbeschäftigter erwerbstätiger Armer" zu beobachten. Hohe Löhne wirken als "Produktivitätspeitsche". Produktivitätsrückstand ist der Anfang vom Abstieg im internationalen Wettbewerb.

Aber der Weg, den Produktivitätsrückstand lediglich über den Abbau von Erwerbsarbeitsplätzen zu erreichen, ist falsch. Neue Produkte müssen entwickelt, neue Technologien schneller eingesetzt und neue Märkte besser erschlossen werden. Die Welt ist voller Probleme, insbesondere ökologischer, die auf Bewältigung und Beseitigung warten. "Problemlösendes Wachstum" ist ein Stichwort für einen neuen, erfolgreichen Ansatz in der Produktentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Die Umweltschutzindustrie hat sich bei öffentlicher Akzeptanz zu einem selbst in der Krise zukunftssicheren Wirtschaftszweig entwickelt.

Ohne Dynamisierung des wirtschaftlichen Prozesses würde schnell Stagnation und dann die radikale Verlagerung von Erwerbsarbeitsplätzen in andere Nachbarländer erfolgen. Eine gesunde Volkswirtschaft braucht eine eigene Wertschöpfung durch konkurrenzfähige Produktion, nicht nur, um Erwerbstätigkeit zu sichern, sondern auch, um das Vermögen zu schaffen, das das gesellschaftliche Leben aufrechterhält. Was der Staat "verteilen" will, muß erst erwirtschaftet werden.

Wir haben heute in Nordrhein-Westfalen mehr Erwerbsarbeitsplätze als jemals zuvor in der Geschichte. Dennoch sind wir vom Ziel der Vollbeschäftigung weit entfernt. Im Gegenteil: Experten halten auch oder gerade im Zeichen einer sich verbessernden Konjunktur ein Drittel der vorhandenen Arbeitsplätze für hochgradig gefährdet. Das gilt nicht nur für den industriellen Produktionsbereich, sondern zunehmend auch für den Dienstleistungssektor.

Zwischen 1984 und 1992 sind in Nordrhein-Westfalen per Saldo 750.000 neue, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Einem massiven Stellenabbau in unseren traditionellen Branchen Kohle, Stahl und Textil und in unseren Wachstumsbranchen Maschinenbau und Chemie standen Stellenzuwächse im Dienstleistungsgewerbe und im Mittelstand gegenüber, der zur Jobmaschine Nr.1 in NRW geworden ist. Mit 5,9 Mio. Beschäftigten hat Nordrhein-Westfalen heute einen sehr viel höheren Beschäftigungsstand als in den 70er und 80er Jahren. Der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen ist durchaus aufnahmefähig und keineswegs "sklerotisch". Die hohen Arbeitslosenzahlen im Bund und im Land verstellen sehr leicht den Blick. Die Arbeitslosen sind kein verfestigter Block, Auswege aus der Arbeitslosigkeit zurück in die bezahlte Erwerbsarbeit sind vorhanden: 1994 wurden allein in Nordrhein-Westfalen ca. 1,5 Mio. Beschäftigungsverhältnisse neu begonnen. 1,2 Mio. Zugängen in die Arbeitslosigkeit standen Abgänge in fast gleicher Größenordnung gegenüber. Die NRW-Arbeitsämter vermitteln seit 1989 Jahr für Jahr ca. 600.000 Arbeitnehmer in Arbeit.

Diese Bewegung am Arbeitsmarkt trägt jedoch nicht zu einer deutlichen Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei. Der Zuwachs an Stellen wird durch den großen Ansturm auf den Arbeitsmarkt "aufgezehrt" und die Früchte der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik werden verdeckt. Die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen hat seit 1984 um über 1 Mio. auf knapp 18 Mio. zugenommen. Die Zahl der Erwerbsfähigen und damit der potentiell Arbeitssuchenden (19 - 60 Jahre) ist allein zwischen 1988 und 1992 um über 400.000 emporgeschneit. Immer mehr Frauen, mit in der Regel immer besseren Qualifikationen melden ihren legitimen Anspruch nach Arbeit und sicherem Einkommen an.

Junge Menschen haben inzwischen nicht mehr die Möglichkeit der freien Berufswahl. Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist prekär. Immer mehr Ausbildungsplatzbewerber fragen Ausbildungsstellen nach, während die Wirtschaft ihre Ausbildungsleistung reduziert.

Die Zukunft der Arbeit wird auch längerfristig durch einen Mangel an Erwerbsarbeit gekennzeichnet sein. Überlegungen zur Umverteilung der Arbeit müssen deshalb auch Fragen einer anderen Gewichtung von Erwerbsarbeit einerseits und privater Arbeit andererseits und damit auch der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern einbeziehen.

Der Wirtschaftspolitik kommt daher in den nächsten Jahren die Aufgabe zu, das Wachstum zu sichern, um die anhaltend hohe Nachfrage nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen befriedigen zu können. Es müssen Qualifikationskampagnen gestartet werden, die die Beschäftigten dazu befähigen, die neuen technischen Herausforderungen zu bestehen und Innovationsprozesse anzustoßen. Voraussetzung dafür ist, daß Investitionen in den Faktor Arbeit für Unternehmen wieder attraktiv werden, wichtige Schlüsseltechnologien im Land gehalten und entwickelt werden und eine ökologische Produktionsstruktur aufgebaut wird.

Die "Massenproduktion" der Zukunft wird ein völlig neues Maß an Flexibilität und Qualität haben. Mit der Qualifizierung der Tätigkeit lassen sich eine Vielzahl von Humanisierungen im Arbeitsleben erreichen. Zwischen Gewerkschaften und Unternehmen wird in den nächsten Jahren eine intensive Diskussion über verschiedenste Formen der Individualisierung und Flexibilisierung zu führen sein bei gleichzeitigem Schutz vor Status- und Rechtsverlust der Arbeitnehmer. Modelle beweisen, daß das möglich ist.

Wenn immer weniger Menschen durch ihre Erwerbsarbeit dem größeren Teil der Bevölkerung die Transfereinkommen finanzieren, dann stößt unser Arbeitsmarkt- und Sozialsystem an Grenzen und gerät die gesellschaftliche Balance zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitsplatzverlierern aus den Fugen. Eine Verschiebung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf Ressourcen-Besteuerung ist daher ein sinnvolles Element einer Wirtschaftspolitik, die es sich zum Ziel setzt, die Erwerbstätigkeit zu fördern.

Die Kosten der öffentlichen Dienstleistungen steigen beständig, ohne daß die öffentliche Dienstleistung ihr Angebot ausweitet oder ihre Qualität steigt. Die Diskussion Produktionsstandort kontra Sozialstaat führt jedoch in die Irre. Das Ziel der Politik muß die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für erfüllende Erwerbstätigkeit unter dem Leitbild größerer sozialer Gerechtigkeit bleiben.

Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Instrumentarien für besondere Personengruppen sind richtig und müssen ausgeweitet werden. Leitsatz muß dabei sein, daß Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert wird. Auf die arbeitsmarktpolitische Herausforderung muß eine ökonomische Antwort gefunden werden. Sie ist nur in einem Bündel verschiedenster Maßnahmen zu erwarten. Sie wird im ganzheitlichen Sinne viele Politikfelder und Wirtschaftsaktivitäten umfassen müssen.

Weltweit gibt es vielfältige Erfahrungen dazu, wie vor dem Hintergrund des grundlegenden Strukturwandels der Erwerbsarbeit - jeweils fußend auf den gesellschaftlichen und ökonomischen Grundbedingungen - die Zukunft der Erwerbsarbeit gestaltet werden kann. Diese Erkenntnisse müssen für unsere Diskussion fruchtbar gemacht werden und Hilfe dazu leisten, wie eine erfolgreiche Politik in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2000 konzipiert werden kann.

Experten verschiedenster Fachrichtungen haben Teilantworten auf hohem Niveau. Diese gilt es zusammenzuführen und in der Enquête-Kommission zu einem ganzheitlichen Konzept zu formen.

Klaus Matthiesen
Jürgen Büssow
Bodo Hombach

und Fraktion